

Zeichen der Zeit : Schweizer Kirchen auf der Suche nach einem neuen Gesellschaftsvertrag

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **92 (1998)**

Heft 6

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Der Sinn meines Lebens war, bei diesen Menschen präsent zu sein

Hat Sie der Bürgermeister von Chenalhó wirklich mit dem Tod bedroht?

Ja. Am 14. November wurde ein Lehrer zwischen Chenalhó und San Andres umgebracht. Am 15. war ich bei Bekannten, und der Bürgermeister war auch da, obwohl er nie zuvor ihr Haus betreten hatte. Ich fragte ihn einfach: «Was ist gestern passiert?» Er antwortete: «Warum fragen Sie mich das? Das ist alles Ihr Fehler. Alles was in Chenalhó passiert, kommt von Ihnen.» Und er drohte, *mich umzubringen*. Meine

Katecheten haben mich daraufhin gewarnt: Der Bürgermeister habe erklärt, wenn er mich in einem der Dörfer des Gemeindebezirks antreffen werde, bringe er mich um.

Wie lange waren Sie in Chenalhó?

Ich kam am 20. Januar 1965 in Mexiko an und am 28. Juni desselben Jahres in Chenalhó. Der Sinn meines Lebens war, einfach bei diesen Menschen, den Indios und Indias, präsent zu sein. Allein das genügt, um verdächtig zu sein...

Auf die Frage, was Herr Chanteau in diesem Moment empfindet, senkt er seinen Kopf und hält seine Tränen zurück.

Willy Spieler

Zeichen der Zeit

Schweizer Kirchen auf der Suche nach einem neuen Gesellschaftsvertrag

Es ist seltsam ruhig um die «*Ökumenische Konsultation*» (ÖK), zu der die Kirchenleitungen die «ganze Bevölkerung» einladen, um «über die soziale und wirtschaftliche Zukunft der Schweiz» nachzudenken.¹ Ist es die Ruhe eben dieses Nachdenkens, das ja noch bis Mitte 1999 dauern darf? Oder ist es die Ruhe vor dem Sturm, der über den Vorstand des Evangelischen Kirchenbundes und die Bischofskonferenz hereinbrechen könnte, wenn der Inhalt der Konsultation sich im kirchlichen Milieu herumsprechen würde? Immerhin meint es in seiner überwiegenden Mehrheit, Kirche solle sich «der Marktwirtschaft gegenüber nicht kritisch verhalten»?² Der Protest müsste ja nicht so unbedarft daher kommen wie in der Rechtsausen-Postille «Bürger und Christ», die der Konsultation unterstellt, sie orientiere sich mehr am «Kommunistischen Manifest» als am Evangelium und huldige damit erst noch dem «Zeitgeist».

Die Kirchenleitungen sind jedenfalls alarmiert über eine Entwicklung, die so gar nicht mehr der kirchlichen Sozialethik entspricht. Sie schreiben in ihrem Begleitbrief zur ÖK: «Die Zukunft unseres Landes ist ungewiss geworden, der soziale Frieden in Frage gestellt.» Und sie halten unmissverständlich fest, dass die Kirchen ein politisches Mandat haben: «Sie mischen sich ein – und tun dies vom Evangelium her.» Denn: «Sie glauben an den Heiligen Geist, der das Antlitz der Welt erneuert. Das Reich Gottes ist im Kommen und wirkt in unsere Gegenwart hinein.» Es ist der Dreischritt «*Sehen–Urteilen–Handeln*», der die drei Teile dieser Schrift bestimmt und an den wir uns – mit Zustimmung und Kritik – ebenfalls halten wollen.

Vom Sehen der sozialen Lebenswelt

Ausgangspunkt der Konsultation ist die Sorge um den «nationalen Konsens», der

heute «fundamental in Frage gestellt» wird, weil der «inzwischen weltweit massgebliche Wirtschaftsliberalismus» unser «Gesellschaftsmodell» immer mehr bestimmt. Der *sog. soziale Friede* hat ausgedient. Unter den «Zwängen des Weltmarktes» ist «der für die Schweiz typische Gesellschaftsvertrag in die Brüche gegangen». Hochfinanz und Weltkonzerne diktieren «die politische Agenda». Der Sozialstaat, der eben noch für den Ausgleich zwischen den verschiedenen Interessen sorgte, ist durch den *Standortwettbewerb* um die Gunst des Kapitals gefährdet. Seit Jahren werden die Reichen immer reicher und die Armen immer zahlreicher: «Heute sind ungefähr zwei Drittel des steuerbaren Vermögens im Besitz der reichsten 10% der Bevölkerung. Das ärmste Fünftel der Bevölkerung verfügt über kein Vermögen oder hat Schulden.»

Die Kluft zwischen Arm und Reich wird aber auch *weltweit* immer grösser. Die ÖK gibt zu bedenken: «Im Jahr 1960 war das reichste Fünftel der Weltbevölkerung noch 30mal reicher als das ärmste Fünftel, im Jahr 1994 hingegen war es 78mal reicher, und dieses reichste Fünftel verfügte über 85% der Reichtümer des Planeten... Die 200 bedeutendsten Weltkonzerne erzielen für sich allein einen Umsatz, der einem Viertel der Weltwirtschaft entspricht, wobei sie lediglich 0,75% der weltweiten Arbeitskräfte beschäftigen.»

Für die ÖK steht die ganze Entwicklung unter dem «Zwang zu mehr Freiheit», diese verstanden als «mehr Freiheit für mehr Wettbewerb». Es ist eine *Freiheit*, die *Opfer* hinterlässt: «Wer auf dem Markt bestehen will, der muss sich verkaufen. Wer sich verkaufen will, der muss Opfer hinnehmen.» Und: «Wer keine Leistung erbringt, ist nichts wert.» Es folgt der prophetisch-provokative Satz: «So verbirgt sich hinter dem Ruf nach Freiheit viel Gewalt.» Ross und Reiter werden freilich nicht genannt, obschon es von Novartis bis UBS nicht an Managern fehlt, die ihr Tun für «christlich» halten...

Die Konsultation fragt nach der menschenverachtenden *Ideologie*, die hinter

dieser materialistischen Ökonomie steht. Entlarvt wird der «Mythos vom reinen Markt», der angeblich ein Höchstmass an Effizienz ermögliche, als ob «unternehmerische Effizienz mit der <gesellschaftlichen Effizienz> automatisch übereinstimmen» würde. Ein weiterer Mythos betrifft das Wachstum, das nicht der Bedarfsdeckung diene, sondern nur den Zweck habe, «Geld zu verdienen, um noch mehr Geld zu verdienen». Ausgerechnet im Namen des Wachstums werde hingegen den Armutsbetroffenen und Arbeitslosen zugemutet, dass ihre Einkommen schrumpfen.

So lauten denn die «Schlussfolgerungen des ersten Teils»: «Der <reine Markt> als gültiges Modell für die wirtschaftliche Wirklichkeit, die Erwartung, dass Wachstum schlechthin die Probleme der Zukunft überwinden werde, sind Mythen.» Sie rechtfertigten nur die «bedingungslose Anpassung an die Globalisierung, Deregulierung und Privatisierung schlechthin». So werde «ein ideologisiertes System mit seinen Sachzwängen über die Menschen, ihre Gestaltungsfreiheit und ihre Verantwortung gestellt».

Vom Urteilen im Licht des Glaubens

In der Perspektive des *Reiches Gottes* kann und darf dieses neoliberale «Evangelium» nicht das letzte Wort haben. «Das Reich Gottes und seine Gerechtigkeit» (Mt 6,33) bietet, so ist die ÖK überzeugt, «andere Kriterien, Ziele und Werte für die Gesellschaft an, als dies die Sachzwänge und Mythen der Marktwirtschaft tun». Es begründet eine Hoffnung, der wir dadurch «Ausdruck geben», dass wir «uns für die Lebensgrundlagen der Armen und Notleidenden, für das Recht der Schwachen und Stimmlosen und für die Würde der gesellschaftlich Verachteten» einsetzen.

Um das mit «Reich Gottes» Gemeinte erahnen zu lassen, erinnert der Konsultationstext an das Gleichnis vom grossen Festmahl «als einer für alle offenen Tischgemeinschaft ohne Rangordnung, ohne Rücksicht auf Ansehen und Vermögen», oder an das Gleichnis von den Arbeitern im

Weinberg, das eine «Logik der Gerechtigkeit» enthalte, «die an den Bedürfnissen des Menschen Mass» nehme. Wer in der Tradition des Religiösen Sozialismus steht, kann sich über diese Theologie nur freuen. Wenn dann gar noch eine «Reich-Gottes-Verträglichkeitsprüfung» für unsere Gesellschaft verlangt wird, dann ist auch dieser Begriff den Leserinnen und Lesern der Neuen Wege nicht unbekannt.³

Bei aller Freude über dieses ökumenische *Nein zur neoliberalen Ideologie und Praxis*: Es dürfte noch etwas prophetischer ausfallen, gerade weil die ÖK sich auf «die Soziallehre der katholischen Kirche und die Sozialethik der reformierten Kirchen» beruft. Hat nicht die *katholische Soziallehre* in der Enzyklika «*Populorum progressio*» (1967) jenen «ungehemmten Liberalismus» verurteilt, nach dem «der Profit der eigentliche Motor des wirtschaftlichen Fortschritts, der Wettbewerb das oberste Gesetz der Wirtschaft, das Eigentum an den Produktionsmitteln ein absolutes Recht, ohne Schranken, ohne entsprechende Verpflichtungen gegenüber der Gesellschaft» sei, was zum «Imperialismus des internationalen Finanzkapitals» geführt habe und noch führe? «Gier nach Profit» wird 20 Jahre später auch in der Enzyklika «*Sollicitudo rei socialis*» (1987) als «Götzendienst» gebrandmarkt, der sich auch in diesen kapitalistischen «Strukturen der Sünde» niederschläge. Der Evangelische Kirchenbund könnte auf die Dokumente der letztjährigen Generalversammlung des *Reformierten Weltbundes (RWB)* in Debrecen verweisen, die den Neoliberalismus als Angriff auf «die Integrität des Evangeliums» verurteilen. Auch wenn der Kapitalismus die Kirche (noch) nicht unmittelbar mit der «Bekennnisfrage» (status confessionis) konfrontiere, so müsse er doch im Sinne eines «Bekennnisprozesses» (processus confessionis) bekämpft und überwunden werden.⁴

Warum analysiert nicht auch das Konsultationspapier diese «Strukturen der Sünden» im real existierenden Kapitalismus? Warum ruft es nicht nach dem Beispiel des RWB «zu einem verbindlichen Prozess der

wachsenden Erkenntnis, der Aufklärung und des Bekennens ... bezüglich wirtschaftlicher Ungerechtigkeit und ökologischer Zerstörung auf»? Es ginge um ein Benennen des Götzendienstes, der um den globalen und totalen Markt zelebriert wird, und es ginge um ein Bekennen des Gottes, der keine Götzen neben sich duldet. Es ginge darum, die mammonsüchtige bürgerliche Gesellschaft mit dem prophetischen Nein einer «Reich-Gottes-Verträglichkeitsprüfung» herauszufordern und die «Werte», auch die angeblich «christlichen», dieser Gesellschaft radikal in Frage zu stellen.

Vom Handeln für einen neuen Gesellschaftsvertrag

So sehr wir auch das Suchen der Kirchen nach *Alternativen* zur neoliberalen Fehlentwicklung begrüßen: Die mit dem «neuen Gesellschaftsvertrag» gemeinte «Übereinkunft über die grundlegenden Bedingungen dafür, dass eine Gesellschaft zusammenhält und ein gutes Leben aller ermöglicht», lässt einige Fragen offen.

Problematisches Vorbild für die ÖK ist der «alte» Gesellschaftsvertrag, der in der Schweiz seit 1937 den «Interessenkonflikt zwischen Kapital und Arbeit überwunden» habe. Soll der *sog. soziale Friede* nachträglich zu seinem Nennwert genommen werden? Wäre der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit damit wirklich überwunden worden, könnte er jetzt nicht wieder ausbrechen. Diese Überwindung hätte eben mehr als nur ein «Friedensabkommen» vorausgesetzt. Solange der Gegensatz von «Kapital und Arbeit» die Gesellschaft «in die beiden durch Besitz und Nichtbesitz von Erverbsvermögen unterschiedenen gesellschaftlichen Gruppen» spaltet, solange gibt es eine «kapitalistische Klassengesellschaft», die an einem grundlegenden Interessengegensatz krankt, der zwar gemildert, aber systemimmanent nicht überwunden werden kann. Wer's Marx nicht glaubt, möge es wenigstens bei Nell-Breuning nachlesen.⁵ Heute stellt sich immer klarer heraus, dass nicht Ethik, sondern Angst das Kapital bewogen hat, der arbei-

tenden Bevölkerung entgegenzukommen, um sich auf diese Weise die Zustimmung zu einem wenigstens sozial temperierten Kapitalismus zu erkaufen. Die Entwicklung seit 1989, seit es den Ost-West-Konflikt nicht mehr gibt und die «kommunistische Gefahr» entfällt, lässt es immer weniger zu, den «sozialen Frieden» rückblickend zu idealisieren.

Der neue Gesellschaftsvertrag, den die Konsultation entwirft, ist wohl ein Gegenprogramm zum grassierenden Neoliberalismus, aber letztlich doch nicht radikal genug, um der Kapitalismuskritik des ersten und des zweiten Teils zu genügen. Aufgelistet werden eine Reihe von «Teilverträgen», die zwar wertvolle Ansätze bieten, aber dabei auch bleiben. Da gibt es z.B. einen «Sozialvertrag», der auf einem «neuen Verständnis von Arbeit» beruhen soll. Abgelehnt wird hier der «Shareholder value»-Kapitalismus, der den sozialetisch perversen Vorrang des Kapitals vor der Arbeit verkörpert. Nur vergisst die ÖK den sozialetisch umgekehrten «Vorrang der Arbeit vor dem Kapital» einzuklagen, wie er in der Enzyklika «Laborem exercens» (1981) begründet wurde. Es erwähnt nicht einmal das – in der Ökumene selbstverständliche – «Recht auf Arbeit». Darum fehlt auch der Hinweis, dass dieses Grundrecht für alle, Frauen wie Männer, nur durch massive Arbeitszeitverkürzung verwirklicht werden könnte. Und warum ist *Mitbestimmung* in der Wirtschaft kein Gegenstand dieses Sozialvertrags? Wie soll die Alleinbestimmung des Kapitals gebrochen werden, wenn nicht durch eine wenigstens gleichberechtigte Mitbestimmung der Arbeit? Haben die Kirchen vergessen, was ihnen vor der Abstimmung über die Mitbestimmungsinitiative 1976 so wichtig war? Hängt der grundlegende Wert der Partizipation vom «Zeitgeist» statt von der Ethik ab?

Gute Worte fallen im Zusammenhang mit der Forderung nach einem *Umweltvertrag*. Sie reichen vom «ökologischen Umbau des Steuersystems» bis zur «Änderung des Lebensstils». Aber sie fragen nicht wirklich nach den «Grenzen des Wachstums»; sonst müsste auch die Frage nach

dem heute unbegrenzten Wachstum der Einkommen und Vermögen gestellt werden – was nicht mehr und nicht weniger als die Forderung nach einem Existenzmaximum bedeuten würde.

Dass nicht nur die Ökonomie, sondern auch die «Sozialpolitik» und die «Demokratie» zu «globalisieren» wären, ist eine wichtige Erkenntnis der ÖK. Aber der Beitritt der Schweiz zur UNO und zur EU kommt über eine Frage nicht hinaus. Auch die Steuerpolitik müsste – über die erwähnte Besteuerung der Energie und der Kapitalgewinne hinaus – den mörderischen Standortwettbewerb der Staaten eindämmen, Steuerschlupflöcher von Luxemburg bis Zug stopfen, eine materielle Steuerharmonisierung wenigstens EU-weit einführen und weltweit die Devisentransaktionen besteuern (Tobin-Tax).

Der mutigen Kritik folgen somit eher bescheidene und auch nicht besonders originelle Vorschläge für einen neuen Gesellschaftsvertrag. Dass unter den Teilverträgen nicht einmal ein «Geschlechtervertrag» zur Gleichstellung von Frau und Mann entworfen wird, dass die Feminisierung der Armut kein Thema ist und die unterschiedlichen Lebens- und Arbeitsverhältnisse der Geschlechter nicht analysiert werden, hat berechtigte Kritik ausgelöst. Würde diese Kritik ernst genommen, würde der dritte Teil insgesamt zu einer echten Antwort auf die Kapitalismuskritik der vorangegangenen beiden Teile weiterentwickelt, dann allerdings dürfte sich das Ergebnis dieser «Konsultation» sehen lassen.

1 Schweizer Bischofskonferenz / Schweizerischer Evangelischer Kirchenbund: Ökumenische Konsultation zur sozialen und wirtschaftlichen Zukunft der Schweiz. Diskussionsgrundlage: «Welche Zukunft wollen wir?» Bezugsadresse: Ökumenische Konsultation: Zukunft der Schweiz, Postfach 7442, 3001 Bern, Tel. 031 382 23 28, Fax 381 83 49.

2 Vgl. meine Kritik an der Studie «Jede(r) ein Sonderfall?», in: Zeichen der Zeit, NW 1994, S. 186ff.

3 Urs Eigenmann, Reich Gottes als Mass gesellschaftlicher Leitvorstellungen, in: NW 1996, S. 349ff.

4 Vgl. W. Spieler, Die Überwindung des Kapitalismus – ein «Processus confessionis» für den Reformierten Weltbund, in: NW 1997, S. 366ff.

5 Oswald von Nell-Breuning, Kapitalismus – kritisch betrachtet, Freiburg im Breisgau 1974, S. 41.